



## Afghanistan braucht Unterstützung, keine Besatzung

**Nachricht von Heike Hänsel, Monika Knoche, 06. September  
2007**

**Mit ihrem Besuch in Deutschland auf Einladung der Fraktion DIE LINKE verbindet Malalai Joya, die Hoffnung, dass Druck auf die Bundesregierung ausgeübt wird, damit sie demokratische unabhängige Kräfte in Afghanistan statt die USA unterstützt, die Milliarden in die Taschen von Warlords und Mafia leiten.**

Seit ihrer berühmten Rede im Dezember 2003 in der afghanischen verfassungsgebenden Versammlung, Loya Jirga, als sie Warlords und Verbrecher anprangerte, lebt Malalai Joya mit Morddrohungen. Ihre deutliche Kritik an der Regierung und an der Präsenz von Kriegsverbrechern im Parlament wurde im Mai 2007 mit dem Entzug ihres Mandats bestraft. Malalai Joya akzeptiert dieses Verfahren nicht.

"Die Menschen in Afghanistan wissen, dass die ausländischen Truppen nicht afghanische, sondern eigene strategische Interessen vertreten. Und sie sind aufgebracht über die hohe Zahl ziviler Opfer. Deshalb lehnen sie die ausländischen Truppen ab.

Die Leute sehen keinen Unterschied zwischen den US- und den übrigen ausländischen Truppen", kritisiert Malalai Joya das Vorgehen der westlichen Besatzer. Die USA und ihre Verbündeten haben die barbarischen Taliban gestürzt, aber nicht den islamischen Fundamentalismus zurückgedrängt. Stattdessen arbeiten sie mit den Kriegsverbrechern der Nordallianz zusammen. Die Korruption blüht, hochrangige Regierungsmitglieder und Abgeordnete sind mit der Drogenmafia verstrickt.

Währenddessen leidet die Bevölkerung: Trotz Milliardenhilfe ist die Regierung nicht in der Lage, die Mehrheit der Bevölkerung mit Wasser, Strom und Nahrung zu versorgen. Die Taliban können die allgemeine Unzufriedenheit ausnutzen. Sie werden täglich stärker.

Mit ihrem Besuch in Deutschland verbindet Malalai Joya die Hoffnung, dass Druck auf die deutsche Regierung ausgeübt wird, damit sie demokratische unabhängige Kräfte in Afghanistan unterstützt, statt militärische Schützenhilfe für geostrategische Ziele der USA zu leisten.